

Vorlage Federführende Dienststelle: Fachbereich Personal und Organisation Beteiligte Dienststelle/n:	Vorlage-Nr: FB 11/0401/WP17 Status: öffentlich AZ: FB 11/101 Datum: 02.07.2020 Verfasser: Kerstin Bläsius						
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 28.05.2020 (öffentlicher Teil)							
Beratungsfolge: <table border="1"> <thead> <tr> <th data-bbox="181 667 379 701">Datum</th> <th data-bbox="381 667 954 701">Gremium</th> <th data-bbox="956 667 1382 701">Zuständigkeit</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="181 703 379 732">20.08.2020</td> <td data-bbox="381 703 954 732">Personal- und Verwaltungsausschuss</td> <td data-bbox="956 703 1382 732">Entscheidung</td> </tr> </tbody> </table>		Datum	Gremium	Zuständigkeit	20.08.2020	Personal- und Verwaltungsausschuss	Entscheidung
Datum	Gremium	Zuständigkeit					
20.08.2020	Personal- und Verwaltungsausschuss	Entscheidung					

Beschlussvorschlag:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 28.05.2020 (öffentlicher Teil).

Anlage/n:

Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 28.05.2020 (öffentlicher Teil)

Der Oberbürgermeister



N i e d e r s c h r i f t

öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses

29. Juni 2020

Sitzungstermin:	Donnerstag, 28.05.2020
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:25 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesende:

Ratsfrau Daniela Parting

Ratsfrau Ellen Begolli

Ratsherr Ahmethicri Agirman

Ratsfrau Elke Eschweiler

Ratsherr Lars Lübben

Ratsfrau Sigrid Moselage

Ratsfrau Claudia Plum

Ratsherr Michael Servos

Ratsherr Gunter von Hayn

Vertretung für: Ratsherr Thomas Buhr

Herr Ludger Eickholt

Frau Annika Fohn

Frau Jana Keller

Frau Ute Nußbaum

PVA/46/WP.17

Ausdruck vom: 29.06.2020

Seite: 1/15

Abwesende:

Ratsherr Thomas Buhr entschuldigt

als Teilnehmer der Verwaltung:

Herr Stephan Baurmann	GPR
Herr Norbert Dödtmann	FB 11
Frau Dana Duikers	FB 56
Frau Vera Ferber	E 26
Frau Inge Förster	GPR
Herr Berthold Hammers	FB 11
Herr Peter Klingel	FB 13
Herr Dr. Markus Kremer	Dez. V
Frau Kerstin Löhner	GPR
Herr Klaus Schavan	E 26
Herr Karlheinz Welters	GPR

als Gast:

Herr Peter Niehues regio iT

als Schriftführerin:

Frau Kerstin Bläsius

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der öffentlichen Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 16.01.2020 (öffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 11/0389/WP17

- 3 **Sachstandsbericht Neubau Erweiterung Verwaltungsgebäude Lagerhausstraße**

- 4 **Stellenplan 2020**
- 4.1 **Stelleneinrichtungen und -aufhebung sowie Verlängerung von kw-Vermerken an vorhandenen Stellen im Bereich der städtischen Kindertageseinrichtungen**
Vorlage: FB 11/0393/WP17

- 4.2 **Einrichtung von fünf halben Stellen für Erzieher*innen im Bereich der Offenen Ganztagschulen im Primarbereich in städtischer Trägerschaft (FB 45)**
Vorlage: FB 11/0392/WP17

- 5 **Sachstand Job-Ticket im Konzern Stadt Aachen**
hier: Tagesordnungsantrag der Fraktionen CDU und SPD vom 10.03.2020
Vorlage: Dez. I/0013/WP17

- 6 **Migration der Aachen Portale; Ratsantrag Nr. 394/17 der Fraktion GRÜNE vom 10.09.2018 „Vereinfachung von Anmeldung und Übersicht über Dienstleistungen in den „Portalen“ Stadt und Städteregion“ und Ratsantrag Nr. 450/17 der Fraktion GRÜNE vom 11.02.2019 „Weiterentwicklung des Serviceportals Aachen“**
Vorlage: FB 11/0394/WP17

- 7 **Ratsantrag Nr. 515/17 der Fraktion GRÜNE vom 01.07.2019 "Digitale Modellstadt: Mit der „Aachen Card“ ein digitales Angebot für alle schaffen!"**
Vorlage: FB 11/0396/WP17

- 8 **Prüfung und Wahrung gesamtstädtischer Belange im Verhältnis zu den eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen der Stadt Aachen im Zuge der „PKF“-Organisationsuntersuchung Aachener Stadtbetrieb sowie deren übergeordneten Empfehlungen (Arbeitspaket 2)**
Vorlage: FB 11/0395/WP17
abgesetzt
- 9 **Nachhaltige Personalwirtschaft, Personalentwicklung und Personalförderung im Bereich der Städtischen Kindertagesstätten und Offenen Ganztagschulen - Ausbau der Kapazitäten für die praxisintegrierte Ausbildung im Erziehungsberuf sowie für Berufspraktikanten**
Vorlage: FB 11/0398/WP17
- 10 **Bericht zu den Auswirkungen der Corona-Krise in der Verwaltung**
- 11 **Mitteilungen der Verwaltung**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der öffentlichen Sitzung

Frau Parting eröffnet um 17:00 Uhr den öffentlichen Sitzungsteil. Vor Eintritt in die Tagesordnung berichtet Herr Servos, dass beabsichtigt sei, den Tagesordnungspunkt 8 „Prüfung und Wahrung gesamtstädtischer Belange im Verhältnis zu den eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen im Zuge der „PKF“-Organisationsuntersuchung Aachener Stadtbetrieb sowie deren übergeordneten Empfehlungen (Arbeitspaket 2)“ abzusetzen. Es bestehe seitens der Politik noch Informationsbedarf.

Darüber hinaus werden keine weiteren Anträge auf Änderung bzw. Erweiterung der Tagesordnung gestellt. Die Ausschusssmitglieder beschließenden die geänderte Tagesordnung einstimmig.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 16.01.2020 (öffentlicher Teil)

Vorlage: FB 11/0389/WP17

Einlassungen ergeben sich zu diesem Tagesordnungspunkt nicht.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt bei 1 Enthaltung aufgrund Nichtanwesenheit.

Beschluss:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 16.01.2020 (öffentlicher Teil).

zu 3 Sachstandsbericht Neubau Erweiterung Verwaltungsgebäude Lagerhausstraße

Herr Schavan berichtet in einer anschaulichen Präsentation über den aktuellen Sachstand des Neubaus und des Erweiterungsbaus des Verwaltungsgebäudes Lagerhausstraße. Einleitend verweist er vorab noch einmal auf die Herausforderungen, welche ein enges Baufeld mit erheblichen Einschränkungen in der Höhe (zwingend zu erhaltene Blickachse Burtscheider Brücke - Dom) und der Wunsch nach einer bedarfsorientierten Veränderung der konventionellen Bürosituation (Open-Space-Konzept) bei der Stadt Aachen mit sich brächten. Seit Februar dieses Jahres sei die finale Bedarfsdefinition unter einer Nutzerbeteiligung des Dezernates V - Personal, Organisation, Stadtbetrieb, Feuerwehr und Umwelt, des Fachbereiches Personal und Organisation (FB 11) und des Fachbereiches Umwelt (FB 36) abgeschlossen und in Folge umgehend in die Leistungsphase 2 HOAI eingestiegen worden. Er erwarte, dass die Vorentwurfsplanung mit der Kostenschätzung als Endprodukt der Leistungsphase 2 HOAI in der zweiten Juniwoche vorliege. Im Rahmen der Vorentwurfsplanung sei man auf weitere

Bearbeitungspunkte und operative Herausforderungen gestoßen, welche verständlicherweise im Wettbewerb nicht in entsprechender Tiefe thematisiert hätten werden können. Beispielsweise gelte durch die Verbindung des Erweiterungsbaus mit dem Bestandsgebäude auch der Neubau als „Hochhaus“. Dies führe zu umfangreicher Zusatztechnik und entsprechenden finanziellen Aufwänden. Zudem müsse das Thema Kantine im Zusammenhang mit dem Blue-Gate-Neubau nebenan neu bewertet werden. Eine Kontaktaufnahme mit Blue-Gate habe ergeben, dass gegenüber ein hochwertiger, großer Gastronomiebereich entstehe, welcher auch mit Blick auf die weitere Kostenentwicklung nicht ignoriert werden dürfe. Es könnten sich gegebenenfalls entsprechende Einsparpotentiale ergeben. Ein völlig neues Themenfeld verberge sich hinter dem Thema „cradle to cradle“ (C2C). Hierbei würden die Baumaterialien als „Rohstoffbank“ in die Kostendarstellungen einbezogen. Der Erhalt des Wertes des Rohstoffes werde dabei aktiv kostenmindernd in die Bilanz eingestellt. Ein übergreifendes Nachhaltigkeitskonzept solle dazu beitragen, ein innovatives und repräsentatives Gebäude zu entwickeln. Abschließend erläutert er, dass mit der Vorlage der Vorentwurfsplanung ein Meilenstein erreicht werde. Alsdann müsse intensiv um Funktionen, Flächen, Anforderungen und Kosten gerungen werden.

Im Anschluss an die Präsentation bedankt sich Frau Eschweiler für den eindrucksvollen Vortrag. Sie weist darauf hin, dass es sehr wichtig sei, dass das Open-Space-Konzept, wie bereits in einem Teilbereich für das Verwaltungsgebäude Mozartstraße 2-10 konzipiert, auch einer ämterübergreifenden Nutzung zugeführt werden könne. Bei dem Thema Kantine bitte sie die Verwaltung, die finanzielle Machbarkeit im Auge zu behalten.

Frau Begolli erkundigt sich, inwieweit der Verwaltung bereits erste Erfahrungsberichte von Mitarbeitenden vorlägen, welche im Open Space-Bereich im Verwaltungsgebäude Mozartstraße arbeiteten.

Herr Schavan merkt an, dass eine intensive Prozessbeteiligung der Mitarbeitenden bei der Umsetzung der Open-Space-Variante im Verwaltungsgebäude Mozartstraße stattgefunden habe. Zwischenzeitlich liege auch ein erster Evaluationsbericht vor. Im Rahmen einer Pilotierung befasse man sich nunmehr damit, wie mit bestehenden Kritikpunkten weiter umgegangen werde.

Frau Parting stellt bezugnehmend auf das Nachhaltigkeitskonzept die Frage, ob bei der bestehenden Fassadenkonzipierung auch die Möglichkeit einer Begrünung der Fassaden bestehe bzw. umsetzbar wäre.

Herr Schavan führt erläuternd aus, dass die Konzipierung der Fassade grundsätzlich von einer Glasfassade ausgehe. Um in eine entsprechende Begrünung eintreten zu können, müsse somit weniger Glas verbaut werden. Er werde diese Einlassung jedoch gerne mit aufnehmen.

Frau Moselage äußert die Bitte, dass die Verwaltung bei dem Thema Kantine nicht nur auf Blue-Gate schaue. Die wichtige Frage, wer die zukünftigen Nutzer*innen der Kantine sein würden, bitte sie bilateral zu klären. In diesem Zusammenhang betone sie auch noch einmal, dass sie die Durchführung von Nutzerworkshops für den Erweiterungsbau Lagerhausstraße gut finde.

Abschließend bittet Frau Parting die Verwaltung in einem ½ bis ¾ Jahr um erneute Berichterstattung zu diesem Themenfeld.

Die Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

zu 4 Stellenplan 2020

zu 4.1 Stelleneinrichtungen und -aufhebung sowie Verlängerung von kw-Vermerken an vorhandenen Stellen im Bereich der städtischen Kindertageseinrichtungen

Vorlage: FB 11/0393/WP17

Einlassungen ergeben sich zu diesem Tagesordnungspunkt nicht.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters empfiehlt er dem Rat der Stadt Aachen auf Grundlage der jährlich fortgeschriebenen Kindertagesstättenbedarfsplanung die Veränderung des Stellenplans 2020 durch

- a. Einrichtung einer Stelle für eine ständige Vertretung in der städtischen Kindertageseinrichtung Stettiner Straße (auszuweisen nach S 9 TVöD-SuE),
- b. Einrichtung von drei Vollzeitstellen für Erzieher*innen (auszuweisen nach EG S 8a TVöD-SuE),
- c. Aufhebung einer halben Ergänzungskraftstelle (ausgewiesen nach EG S 3 TVöD-SuE),
- d. Verlängerung von 35 kw-Vermerken (kw2020 ⇒ kw2021) an den Erzieher*innenstellen für die KiBiz-Sprachförderung und
- e. Verlängerung von 17 kw-Vermerken (kw2020 ⇒ kw2021) an den Erzieher*innenstellen für die „plusKiTas“.

zu 4.2 Einrichtung von fünf halben Stellen für Erzieher*innen im Bereich der Offenen Ganztagschulen im Primarbereich in städtischer Trägerschaft (FB 45)

Vorlage: FB 11/0392/WP17

Einlassungen ergeben sich zu diesem Tagesordnungspunkt nicht.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters empfiehlt er dem Rat der Stadt Aachen die Veränderung des Stellenplanes 2020 durch Einrichtung von fünf halben Stellen für Erzieher*innen (auszuweisen nach EG S 8a TVöD-SuE).

zu 5 Sachstand Job-Ticket im Konzern Stadt Aachen

hier: Tagesordnungsantrag der Fraktionen CDU und SPD vom 10.03.2020

Vorlage: Dez. I/0013/WP17

Vorweg berichtet Herr Servos, dass -neben dem heutigen Tagesordnungsantrag „Sachstand Job-Ticket im Konzern Stadt Aachen“ vom 10.03.2020- zwischenzeitlich ein gemeinsamer Ratsantrag der Fraktionen CDU und SPD „Mit dem Jobticket den ÖPNV stärken“ vom 13.05.2020 gestellt worden sei. Die fachliche Beratung dieses Ratsantrages sehe er zunächst grundsätzlich in der Zuständigkeit des Mobilitätsausschusses. Er bitte daher darum, den heutigen Tagesordnungsantrag nur in gekürzter Form zu behandeln.

Herr Costard fasst für die Mitglieder des Ausschusses noch einmal vorlagengemäß die verschiedenen Modellvarianten und die entsprechend daraus resultierenden Fakten und Finanzierungsmöglichkeiten zusammen.

Frau Begolli bedankt sich für die Vorlage. Das Job-Ticket leiste einen großen Beitrag zur Reinhaltung der Luftqualität der Stadt Aachen. Jede/r Arbeitgeber*in sollte daher ihrer/seiner Vorbildfunktion nachkommen. Für die Differenzierung der Nutzung innerhalb bzw. außerhalb des Außenringes -auch mit Blick auf ein verändertes Mobilitätsverhalten im ländlichen Raum- habe sie kein Verständnis. Zumal letztendlich der Geltungsbereich (gesamtes AVV-Gebiet) für alle gleich sei. Abschließend erkundigt sie sich, zu welchem Preis die Stadt Aachen die Tickets erwerbe.

Auch Frau Moselage äußert ihren Unmut zum Umgang der Verwaltung mit dem Themenfeld „Außenbezirke“. Zudem sei es wichtig, das Themenfeld der privaten Nutzung von Zusatzleistungen in der

nächsten Vorlage zu konkretisieren bzw. umfangreicher darzustellen.

Herr Servos bittet an dieser Stelle nochmals darum, erst bei der primären Behandlung des Ratsantrages im Mobilitätsausschuss in eine tiefere und differenzierte Betrachtung aller wesentlichen Aspekte -hier könnten dann auch Zeichen gesetzt werden- einzusteigen.

Herr Costard führt zur Preisanfrage von Frau Begolli aus, dass ausweislich der Vorlage der Einkaufspreis ab dem 01.01.2020 pro Mitarbeitendem bei 33,30 € und für Azubis bei 26,30 € liege. Ab 100 Mitarbeitenden reduziere sich der Preis auf 27,50 € bzw. 21,70 €. Zur Einlassung von Frau Moselage hinsichtlich einer gewünschten ausführlicheren Darstellung der privaten Nutzung von Zusatzleistungen (wie CarSharing, Velocity) in der nächsten Vorlage führt er weiter aus, dass eine von der ASEAG gewünschte Rückmeldung noch ausstehe. Man befinde sich jedoch auf einem guten Weg, die technischen Voraussetzungen wären dafür bereits geschaffen und in Kürze wolle man den städtischen Mitarbeitenden ein Preismodell vorstellen.

Frau Eschweiler betont -mit Hinweis auf die Ausführungen des inhaltlich 2-geteilten Ratsantrages- den Wunsch, dass für einen sehr großen Nutzerkreis eine Anbindung ermöglicht werde. Es sei daher wichtig, dass -wie im Ratsantrag erläutert- eine virtuelle Einheit geschaffen werde, unter deren Dach kleinere Unternehmen zum Zwecke des Erwerbs des Job-Tickets zusammengeschlossen würden. Sie bitte um entsprechende Ausführungen in der nächsten Vorlage.

Herr Costard stellt kurz erste Arbeitsergebnisse in Bezug auf den Ratsantrag vor und sichert eine ausführliche Vorlage zur Beratung im Mobilitätsausschuss zu.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss sieht die fachliche Beratung des gemeinsamen Ratsantrages der Fraktionen CDU und SPD „Mit dem Jobticket den ÖPNV stärken“ vom 13.05.2020 grundsätzlich in erster Beratungsfolge in der Zuständigkeit des Mobilitätsausschusses.

Der Personal und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis. Der Antrag gilt damit als behandelt.

**zu 6 Migration der Aachen Portale; Ratsantrag Nr. 394/17 der Fraktion GRÜNE vom 10.09.2018
„Vereinfachung von Anmeldung und Übersicht über Dienstleistungen in den „Portalen“
Stadt und Städteregion“ und Ratsantrag Nr. 450/17 der Fraktion GRÜNE vom 11.02.2019
„Weiterentwicklung des Serviceportals Aachen“
Vorlage: FB 11/0394/WP17**

Herr Klingel berichtet in einer anschaulichen Präsentation über den aktuellen Sachstand der Portale der Stadt Aachen. Zunächst auf die Anfänge rückblickend, die positive Resonanz auf die Portale und deren große Akzeptanz gleichermaßen bei den städtischen Mitarbeitenden, der Aachener Bürgerschaft und anderen Kommunen/Kreisen betonend, erläutert er den Mitgliedern des Ausschusses die Umstellung der bestehenden Portalumgebungen auf eine neue Version mit dem Hinweis auf die vielseitigen Vorteile und gegebenenfalls auch auf nachteiligere Aspekte. Nur mit dieser Umstellung seien die Portale der Stadt Aachen auch in der Zukunft weiter leistungsfähig. Die Migration beinhalte die Übernahme aller relevanten Daten wie Berechtigungen, Postkorbeinträge etc.. Zudem werde mit der Migration auch die Implementierung des Servicekontos NRW realisiert. Da die alten Zugangsdaten mit der Umstellung des Systems nicht mehr funktionieren würden, müssten sich alle Benutzer des Serviceportals einmalig neu beim Servicekonto NRW registrieren lassen. Sofern für diese Registrierung jedoch die gleiche Mailadresse genutzt werde, würden die alten und aktuellen Vorgangsdaten übernommen. Die Registrierung als auch die Anmeldung erfolge sodann immer über die NRW Seite. Die Testarbeiten und die Contentpflege begännen in der nächsten Woche und bereits ab dem 15.06.2020 würden erste Informationen per Mail an die registrierten Benutzenden versandt und zeitgleich mit einer kontinuierlichen Öffentlichkeitsarbeit begonnen werden.

Im Anschluss an die Präsentation bedankt sich Herr Lübben für den interessanten Vortrag und das große Engagement, mit welchem die Stadtverwaltung in diesem dynamischen Themenfeld unterwegs sei.

Herr von Hayn erkundigt sich, ob die Annahme seinerseits richtig sei, dass das Verhältnis zwischen den abgeschlossen Vorgängen in Höhe von 125.000 und der Höhe der registrierten Benutzenden den Rückschluss zulasse, dass jeder Benutzende nur rund einen Vorgang in den Portalen getätigt habe.

Herr Klingel führt erklärend aus, dass dieser Umstand zu einem Großteil auf die dreimonatige Vorverteilungsaktion von Jodtabletten, welche über entsprechende Bezugsscheine einmalig über das Serviceportal beantragt worden seien, zurückgeführt werden könne.

Herr Servos spricht der Verwaltung ebenfalls seinen Dank aus. Der Rückblick auf die Entwicklung in den letzten 3 bis 5 Jahren sei hoch beeindruckend. Dieser Entwicklungsstand habe auch große Auswirkungen darauf, dass die Stadtverwaltung Aachen als attraktive Arbeitgeberin wahrgenommen werde.

Abschließend merke er auch noch einmal an, dass Aktualisierungen und demzufolge auch kurzfristige

Einschränkungen oder Mehraufwendungen für jede technische Plattform normal seien.

Die Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

zu 7 Ratsantrag Nr. 515/17 der Fraktion GRÜNE vom 01.07.2019 "Digitale Modellstadt: Mit der „Aachen Card“ ein digitales Angebot für alle schaffen!"

Vorlage: FB 11/0396/WP17

Herr Lübben spricht der Verwaltung seinen Dank aus. Es erfreue ihn, dass die Verwaltung in der Nutzung, die die im Antrag vorgeschlagene Lösung zur Entwicklung einer Multifunktions-Chipcard und einer entsprechenden App mit sich bringe, einen Mehrwert sehe. Schade sei, dass die Verwaltung erst nächstes Jahr mit der Erstellung eines Vorkonzeptes beginne. Daher äußere den Wunsch, dass die Verwaltung trotzdem jetzt schon bei aktuellen Prozessen (z. B. beim Thema Hangeweiher) diesen Lösungsansatz jeweils mitbedenke.

Abschließend äußert Herr Servos grundsätzliche Bedenken zur Datenschutzsicherheit.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

zu 8 Prüfung und Wahrung gesamtstädtischer Belange im Verhältnis zu den eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen der Stadt Aachen im Zuge der „PKF“-Organisationsuntersuchung Aachener Stadtbetrieb sowie deren übergeordneten Empfehlungen (Arbeitspaket 2)

Vorlage: FB 11/0395/WP17

Der Tagesordnungspunkt wird seitens des Ausschusses abgesetzt.

zu 9 Nachhaltige Personalwirtschaft, Personalentwicklung und Personalförderung im Bereich der Städtischen Kindertagesstätten und Offenen Ganztagschulen - Ausbau der Kapazitäten für die praxisintegrierte Ausbildung im Erziehungsberuf sowie für Berufspraktikanten

Vorlage: FB 11/0398/WP17

Vorweg erläutert Herr Hammers, dass die Finanzverwaltung um eine Änderung der Beschlussvorschlagsfassung in der heutigen Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses gebeten habe. Es solle nicht mehr „...durch Aufstockung der Ausbildungskapazitäten auf insgesamt 66 Ausbildungsplätze **jährlich ab dem** Kita-Jahr 2020/2021“ heißen, sondern „...durch Aufstockung der Ausbildungskapazitäten auf insgesamt 66 Ausbildungsplätze **für das** Kita-Jahr 2020/2021“. Die Änderung der Beschlussvorschlagsfassung habe den Hintergrund, dass der Fortgang der entsprechenden Einstellungen im Bereich der städtischen Kindertagesstätten und der Offenen Ganztagschulen lediglich im bekannten Umfang (Tagesordnungspunkt 5 in der Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses am 28.03.2019) in der mittelfristigen Planung im städtischen Haushalt verankert sei. Mit der nunmehr zu beschließenden Aufstockung der Ausbildungskapazitäten auf insgesamt 66 Ausbildungsplätze für das Kita-Jahr 2020/2021 sei der Ausgleich der geringeren Einstellungszahlen des Vorjahres abgesichert. Weitergehende Entscheidungen -wie die Fortschreibung der erhöhten Ausbildungskapazitäten dieses Beschlussvorschlages- seien aus Sicht der Finanzverwaltung zum jetzigen Zeitpunkt abzulehnen, sondern seien in die Haushaltsberatungen 2021 ff einzubringen.

Frau Moselage führt aus, dass sie die von der Finanzverwaltung beabsichtigte Änderung des Beschlussvorschlages sehr kritisch sehe. Dies sei kein gutes Signal, um bei Fachkräften -im Besonderen mit Blick auf das Konzept zur nachhaltigen Personalwirtschaft, Personalentwicklung und Personalförderung in städtischen Kindertageseinrichtungen und Offenen Ganztagschulen- zur dauerhaften Festigung ihres Bindungsgedankens beizutragen und darüber hinaus um als Stadt Aachen nicht nur in diesem Segment weiterhin als attraktive und interessante Arbeitgeberin wahrgenommen zu werden. Zudem würden zukünftig gegebenenfalls noch mehr Stellen benötigt werden.

Frau Plum betont, dass sie das Ansinnen der Finanzverwaltung sehr gut verstehen könne und die Verwaltung -ihres Erachtens- mit der Veränderung kein falsches Zeichen setzen würde. Da die durch die Corona-Krise verursachten Schäden noch nicht absehbar seien, finde sie -als Finanzpolitikerin- die veränderte Beschlussvorschlagsfassung zum aktuellen Zeitpunkt sinnvoll. Aus diesem Grund könne sie auch den bestehenden Beschlussvorschlag nicht mitverantworten.

Frau Begolli merkt an, dass sie sich vollumfänglich der Einlassung von Frau Moselage anschließe. Sie könne auch die Intention der Kämmerin sehen. Es gehe jedoch um den Ausbau von

Ausbildungskapazitäten, welchem eine bedarfsorientierte Berechnung zugrunde liege. Es werde folglich nicht über Bedarf ausgebildet.

Herr Servos äußert seinen Unmut darüber, dass die Politik von der Verwaltung zu der beabsichtigten Beschlussvorschlagsänderung nicht vorab unterrichtet worden sei. Zudem seien die in Rede stehenden Stellen ja bereits da und müssten nur einer entsprechenden Besetzung zugeführt werden. In diesem Zusammenhang könne er auch die Ausführungen zu den finanziellen Auswirkungen nicht nachvollziehen.

Herr Lübben erläutert, dass er den Einlassungen von Frau Moselage und Frau Begolli beipflichte. Aktuell werde der Ausbildungsmarkt sehr durcheinandergewirbelt, so dass auch er den veränderten Beschlussvorschlag als falsches Signal für den Bewerbermarkt werte.

Frau Eschweiler weist noch einmal daraufhin, dass für die diesjährige Aufstockung der Ausbildungsplätze noch finanzielle Mittel im Haushaltsjahr 2020 zur Verfügung stünden. Für die Haushaltsjahre 2021 ff würden die Personalkosten, die sich aus einer entsprechenden Erhöhung der Ausbildungsplätze ergäben, erst im Rahmen der Haushaltsanmeldungen 2021 Berücksichtigung finden und gälten daher auch erst für das nächste Jahr. Grundsätzlich wäre somit immer noch eine Beratung der Vorlage in einer der nächsten Sitzungen des Personal- und Verwaltungsausschusses möglich.

Vorweg bittet Herr Dr. Kremer die Mitglieder des Ausschusses die verwaltungsinterne Vorgehensweise in der Sitzungsvorbereitung zu dieser Vorlage, welche nunmehr zu einer mehrheitlich erkennbaren Nichtdurchsetzbarkeit der nachträglich gewünschten Beschlussvorschlagsfassung der Finanzverwaltung geführt habe, zu entschuldigen. Er dürfe jedoch an dieser Stelle auf die bereits erzielten Erfolge in der Akquise verweisen. Die Ausbildungsplätze -insbesondere für die neue praxisintegrierte Ausbildung (PiA)- würden aktiv beworben und ausgeschrieben, mit dem Ergebnis einer sehr guten Bewerberlage. Die Verwaltung beabsichtige mit dieser Vorlage, die Weichen zur Schließung der Bedarfslücke zu stellen. Zur Erzielung eines mehrheitlich einheitlichen Meinungsbildes unter den Mitgliedern des Ausschusses schlage er daher vor, dem bestehenden Beschlussvorschlag einen zusätzlichen Passus -auch hier der Bitte der Finanzverwaltung entsprechend- hinzuzufügen. Der Passus könnte wie folgt lauten: „Darüber hinaus nimmt der Personal- und Verwaltungsausschuss den Hinweis der Finanzverwaltung auf die Unsicherheiten in der mittelfristigen Finanzplanung zur Kenntnis.“

Sowohl Frau Plum als auch Herr Servos legen dar, dass sie in diesem Kompromiss einen guten Lösungsvorschlag sähen.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt den nachfolgend geänderten Beschluss einstimmig.

Beschluss:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und befürwortet den Ausbau der Kapazitäten für die praxisintegrierte Ausbildung sowie für das Berufspraktikum im Erziehungsberuf durch Aufstockung der Ausbildungskapazitäten auf insgesamt 66 Ausbildungsplätze jährlich ab dem Kita-Jahr 2020/2021.

Darüber hinaus nimmt der Personal- und Verwaltungsausschuss den Hinweis der Finanzverwaltung auf die Unsicherheiten in der mittelfristigen Finanzplanung zur Kenntnis.

zu 10 Bericht zu den Auswirkungen der Corona-Krise in der Verwaltung

Herr Dr. Kremer erläutert, dass er Mitglied des gemeinsamen Krisenstabes der StädteRegion Aachen und der Stadt Aachen sei. Seit Beginn der Corona-Krise hätten bereits 91 Krisenstabssitzungen stattgefunden. Es seien kurzfristig und unbürokratisch in engem Austausch mit der Personalvertretung sehr viele Maßnahmen zum Schutz der Mitarbeitenden der Stadtverwaltung Aachen getroffen worden. Beispielhaft genannt seien nachfolgende Maßnahmen:

- Aufruf zur Mithilfe im Call Aachen
- Einsatz von freigestelltem oder nicht komplett ausgelastetem Personal in verschiedenen anderen Arbeitsbereichen (Unterstützung des OSD und des Kommunalen Abstrichzentrums (KAZ) im Tivoli; Hygieneteams in den Verwaltungsgebäuden usw.)
- Ausweitung des Gleitzeitrahmens 6:00 Uhr bis 21:00 Uhr
- Ausweitung der Mobilen Arbeit und Telearbeit auf bis zu 5 Tage pro Woche (Anstieg der Nutzung des 2. Faktors für Mobile Arbeit mit VDI von rund 200 Nutzenden Anfang des Jahres auf über 1100 Nutzende im April / Anstieg der entsprechenden Zeitbuchungen von Anfang des Jahres von rund 500 Buchungen auf rund 8000 Buchungen im April)
- Beschäftigungsverbot für Schwangere
- Freistellungen von insgesamt 274 Personen im KiTa-Bereich -beispielhaft in der 22. Kalenderwoche- unter Fortzahlung des Entgelts
- Regelungen bezüglich Quarantänefälle, Risikogruppen und Verdachtsfälle (rund 100 Personen waren in Quarantäne)
- Einschränkung des Publikumsverkehrs durch Terminsprechzeiten in allen Bereichen der Verwaltung
- Verzicht auf die Durchführung oder Teilnahme von Veranstaltungen in allen Bereichen
- Anschaffung von Spuckschutzwänden (rund 85 Wände werden in Eigenleistung hergestellt).

An dieser Stelle spreche er den städtischen Kolleginnen und Kollegen noch einmal ein großes Lob im Umgang mit den daraus resultierenden Ereignissen bzw. Maßnahmen im Rahmen der Corona-Krise aus.

Herr Servos betont, dass die Verwaltung vorbildlich durch die Corona-Krise gekommen sei. Auch die gelebte Solidarität habe ihn erfreut. Es habe sich gezeigt, dass durch die Auswirkungen der Krise auch die Digitalisierung innerhalb der Stadtverwaltung vorangetrieben worden sei.

Frau Begolli schließt sich dem Lob ihres Vorredners gerne an. Im Besonderen habe sie den unbürokratischen Einsatz des Fachbereichs Wohnen, Soziales und Integration im Rahmen der Schließung der Aachener Tafeln begeistert.

Frau Parting bedankt sich abschließend ebenfalls noch einmal im Namen des gesamten Personal- und Verwaltungsausschusses.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

zu 11 Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltung für den öffentlichen Sitzungsteil liegen nicht vor.

Frau Parting schließt die Sitzung um 19.25 Uhr.

Daniela Parting
Ausschussvorsitzende

Kerstin Bläsius
Schriftführerin

gesehen:

Marcel Philipp
Oberbürgermeister